

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Arbeitslosenstatistik - Hütte
Rheinhausen - US-Handelsgesetz - OPEC - UdSSR**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Arbeitslosenstatistik - Hütte Rheinhausen - US-Handelsgesetz - OPEC - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 5, pp. 229-230

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136393>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Arbeitslosenstatistik
Voreiliger Vorstoß**

Im Vorfeld des CDU-Parteitags im Juni haben Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Geißler die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit kritisiert und Änderungen gefordert. Die monatliche Bekanntgabe der Arbeitslosenzahl wirke wie ein „Vorschlaghammer“, die Globalzahl verdecke die Wirklichkeit der differenzierten Lebens- und Arbeitsverhältnisse, so Geißler. Zusätzliche, aktuelle Daten sollten vorgelegt werden, um Unterschiede in der Betroffenheit deutlich zu machen.

Daß die monatliche Arbeitslosenstatistik – eine der umfangreichsten Monatsstatistiken in der Bundesrepublik – über die soziale Situation der Arbeitslosen nur wenig Auskunft gibt, ist zweifellos ein Mangel. Das Ziel, Bürgern und auch Forschern und Politikern ein detaillierteres Bild der Belastungen durch die Arbeitslosigkeit zu bieten, ist daher sehr zu begrüßen.

Nur wird dieses Ziel, so wie es vorgetragen wurde, derzeit kaum zu realisieren sein. Aktuelle Informationen über die soziale Lage der Arbeitslosen wären nämlich allein aus Befragungen durch eine Institution zu gewinnen, die mit der Gewährung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nichts zu tun hat. In Frage käme hierfür das Statistische Bundesamt. Solche Befragungen wären allerdings sehr kostenintensiv. Außerdem wäre unsicher, ob sie verlässliche Ergebnisse liefern könnten. Die Bevölkerung, die ohnehin aller Erfahrung nach bei statistischen Erhebungen nur ungern und ungenau Einzelheiten ihrer sozialen Lage offenlegt, ist im Zusammenhang mit der Diskussion um die letzte Volkszählung solchen Erhebungen gegenüber noch vorsichtiger und skeptischer geworden. Regierungsmitglieder – und Amtsträger von Regierungsparteien – sollten in derart sensiblen Angelegenheiten, bevor sie an die Öffentlichkeit gehen, Aufwand und Ertrag und die Vorgehensweise genauer abwägen. sp

**Hütte Rheinhausen
Sieg der Vernunft**

Mit der jetzt gefundenen Kompromiß-Formel für die Schließung des Krupp-Hüttenwerkes Rheinhausen und die damit möglichen Produktionsverlagerungen auf die benachbarten Hütten von Thyssen und vor allem Man-

nesmann hat die ökonomische Vernunft den Sieg davongetragen. Angesichts anhaltend hoher Verluste der Krupp-Hütte ebenso wie der von Mannesmann war der Konzentrationsprozeß, wie er sich in der Gemeinschaftshütte Duisburg/Huckingen vollziehen wird, letztlich unausweichlich. Wenn der Einigungsprozeß zwischen Unternehmensvorstand und Betriebsrat nun doch schneller als vielfach erwartet kam, so dürfte die bestehende EG-Entscheidung von 1985, nach der Beschlüsse über öffentliche Sozialplanzuschüsse nur noch in diesem Jahr möglich sind, mit ihrem terminlichen Druck wohl forcierend gewirkt haben.

Allerdings zeigen sich bei den Arbeitnehmern über die jetzige Lösung Enttäuschung und Frustration, nicht zuletzt deswegen, weil ihnen von der politischen Führung des Landes versichert worden war, daß die Hütte Rheinhausen für das Land Nordrhein-Westfalen unverzichtbar sei – was wie eine Standortgarantie wirkte. Stimuliert noch von Durchhalte-Parolen aus den verschiedensten Ecken, die – zum Teil ihr sozialdemagogisches Süppchen kochend – die Schließung in den Bereich der Unternehmenswillkür verwiesen, hatten die Arbeitnehmer monatelang auf das Fortbestehen der Hütte gesetzt. Es ist noch erklärlich, wenn sich etwa der Pfarrer in der Bürgerinitiative für den Besitzstand einer Gruppe stark macht und dabei verkennt, daß er letztlich unsozial gegenüber anderen handelt, indem er den strukturellen Wandel behindert. Von den Politikern hätte man aber mehr ökonomische und politische Vernunft erwarten können. kr

**US-Handelsgesetz
Keine überzeugende Alternative**

In dem mit großer Mehrheit vom amerikanischen Kongreß verabschiedeten Handelsgesetz äußert sich die Verdrossenheit der Volksvertreter über die Regierung. Deren Handelspolitik läßt in der Tat zu wünschen übrig. Sie verzettelt sich in bilateralen Einzelgefechten, aus denen die USA nicht selten als Pyrrhussieger hervorgehen.

Das neue Handelsgesetz stellt indessen keine überzeugende Alternative zur praktizierten Handelspolitik dar. Seine Verfechter wollen den amerikanischen Unternehmen den gleichen, freien Marktzugang im Ausland verschaffen, den ausländische Firmen angeblich in den

USA haben, und die Öffnung der ausländischen Märkte mit Sanktionsdrohungen erzwingen. Tatsächlich ist der amerikanische Markt dank weitreichender Schutzmaßnahmen gerade der noch amtierenden Regierung nicht offener als der Weltmarkt, und das gewaltige amerikanische Handelsdefizit ist sicherlich nicht durch unfaire Handelspraktiken des Auslandes zu erklären.

Daß letztere ein Ärgernis bilden, das es zu beseitigen gilt, steht auf einem anderen Blatt. Was unfair ist und was fair, sollte aber nicht einseitig durch Dekret, sondern durch Verständigung am Verhandlungstisch bestimmt werden. Zu den laufenden GATT-Verhandlungen in der Uruguay-Runde und zu den Bemühungen um eine bessere internationale Kooperation in der Wirtschaftspolitik paßt das amerikanische Handelsgesetz daher wie die Faust aufs Auge. Das Abstimmungsergebnis im Senat – die Zweidrittelmehrheit wurde knapp verfehlt – läßt freilich erwarten, daß das Gesetz am Veto des Präsidenten scheitern wird. ko

OPEC

Fehlgeschlagener Versuch

Der jüngste Versuch der OPEC, auf dem Ölmarkt wieder das angestrebte Preisniveau von 18 Dollar je Barrel durchzusetzen, ist fehlgeschlagen. Dabei hatte es zunächst so ausgesehen, als könnte es zum ersten Mal zu einer großen Koalition der Ölproduzenten kommen. Bei Gesprächen vor der jüngsten Krisensitzung der OPEC-Minister hatten sechs Länder, die nicht der Organisation angehören, den Vorschlag gemacht, daß die Beteiligten ihre Ölexporte für zwei Monate um 5 % zurücknehmen. Die Erwartung einer Verminderung des Angebots hatte daraufhin, zusammen mit der Verschärfung der Lage am Golf, die Ölpreise an den Spotmärkten bereits vor der Konferenz kräftig steigen lassen. Als sich jedoch die OPEC-Länder bei der Sitzung nicht auf eine entsprechende Einschränkung ihrer Förderung einigen konnten, gaben die Spotpreise sogleich wieder nach.

Die mangelnde Kompromißfähigkeit im Quotenstreit trotz der am Ende gar nicht mehr weit auseinanderliegenden Positionen deutet darauf hin, daß die schon seit langem bestehenden Gegensätze innerhalb der Organisation in letzter Zeit eher größer geworden sind. Solange einige OPEC-Länder es mit ihrer Förderdisziplin nicht so genau nehmen, sehen andere Mitglieder keinen Grund, zusätzliche Beschränkungen zu vereinbaren. Die weniger disziplinierten Länder wiederum sind

der Auffassung, daß die Länder mit den größten Fördermengen die Hauptverantwortung für das Überangebot am Weltölmarkt tragen und deshalb ihre Produktion stärker zurücknehmen müßten. Ob im nächsten Monat, wenn die OPEC erneut zu ihrer turnusmäßigen Konferenz zusammenkommt, eine Annäherung der Standpunkte erreicht wird, ist unter diesen Umständen fraglich. Der Einigungsdruck wird allerdings auch davon abhängen, wie sich bis dahin die Ölpreise entwickeln. ma

UdSSR

Beitritt zum IWF?

Die Ankündigung der UdSSR, eine Mitgliedschaft in der Asiatischen Entwicklungsbank zu prüfen, hat erneut Spekulationen über einen künftigen Beitritt auch zum Internationalen Währungsfonds ausgelöst. Daß gegen eine sowjetische Mitgliedschaft im Fonds zur Zeit noch starke Bedenken einiger westlicher Industrieländer – insbesondere der USA – bestehen, sei einmal dahingestellt; die USA allein könnten einen sowjetischen Beitritt im Falle eines offiziellen Aufnahmegesuches auf Dauer nicht verhindern. Aber auch von sowjetischer Seite ist der Weg zum IWF nicht frei von Hindernissen.

Eines dieser Hindernisse dürfte die fehlende Rubelkonvertibilität sein. Zwar könnte auch die UdSSR – wie nahezu zwei Drittel aller IWF-Mitglieder – dank der IWF-Übergangsregeln bestehende Devisenverkehrsbeschränkungen auf unbestimmte Frist beibehalten; sie würde damit jedoch die stets heftig kritisierte Dominanz weniger westlicher Währungen im Weltwährungssystem akzeptieren und die eigene Position auf die des reinen Kreditnehmers beschränken. Nur bei voller Konvertibilität käme eine mögliche starke Position in der sowjetischen Zahlungsbilanz zum Tragen, eine Position also, die die sowjetische Währung für die Vergabe von Zahlungsbilanzhilfen des Fonds an andere Länder und als internationale Reservewährung geeignet machen würde.

Auch wenn einige sowjetische Ökonomen vor dem Hintergrund der sowjetischen Goldreserven eine Konvertibilität des Rubels schon für 1990 fordern, sind wohl solange keine derart spektakulären Außenwirtschaftsreformen zu erwarten, wie nicht im binnenwirtschaftlichen Umgestaltungsprozeß – nicht zuletzt bei der Preisreform – entscheidende Fortschritte erzielt sind. Und dies wird vor 1995 kaum der Fall sein. pi